

PROTOKOLL

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung am Dienstag, dem 19.09.2023,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: BI/011/2023
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 23:00 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Uwe Hinze

Mitglied CDU-Fraktion

Karl-Heinz Gerling

Gerda Hövel

Malte Stakowski

Susanne Unnerstall

Vertretung für Frau Aryus-Böckmann

Vertretung für Frau Wehrmann

Vertretung für Frau Ernst

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann

Annegret Mielke

Andreas Timpe

Vertretung für Herrn Weitkamp

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Regina Haase

Silke Meier

Alfred Reehuis

Vertretung für Frau Kruse-Wiegand

Vertretung für Herrn Tubesing

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)

Matthias Pietsch

Mitglied FDP-Fraktion (Grundmandat)

Arend Holzgräfe

Hinzugewählte

Anja Krohnfuß

Katharina Strob

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

Mareike Mons

Katja Rauer

ProtokollführerIn

Britta Itzek

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Herr Hengehold, Meller Kreisblatt

47 (zeitweise)

Abwesend:

Vorsitzende

Stefanie Ernst

Mitglied CDU-Fraktion

Elisabeth Aryus-Böckmann
Sabine Wehrmann

Mitglied SPD-Fraktion

Detlef Weitkamp

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Malina Kruse-Wiegand
Ralf Tubesing

von der Landesschulbehörde

Karsten Mühlmeier

Hinzugewählte

Daniel Wegner

ProtokollführerIn

Marion Noruschat

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung des Protokolls der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement und des Ausschusses für Bildung am 24.08.2023
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Schulen
- TOP 6.1 Sachstandsbericht Schulstrukturprozess Oberschulen
- TOP 6.2 Schülerstatistik 2023/24 und Schülerfortschreibung 2023/24 bis 2028/29
Vorlage: 01/2023/0228
- TOP 6.3 Antrag auf Dreizügigkeit im Engelgarten für den ersten Jahrgang im Schuljahr 2024/25
Vorlage: 01/2023/0224
- TOP 6.4 Anträge zum Schulstrukturprozess
- TOP 6.4.1 Antrag des Ortsrats Neuenkirchen zur Oberschule Neuenkirchen
Vorlage: 01/2023/0206
- TOP 6.4.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; zukunftsfähige Oberschulen für die Stadt Melle
Vorlage: 01/2023/0211
- TOP 7 Kindertagesstätten
- TOP 7.1 Vorstellung der aktuellen Situation in der Kindertagesbetreuung in Melle
- TOP 8 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht zum 31.05.2023
Vorlage: 01/2023/0179
- TOP 9 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Stv. Ausschussvorsitzender Hinze eröffnet die Sitzung um 19 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Bildungsausschusses sowie die Einwohner und den Pressevertreter.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement und des Ausschusses für Bildung am 24.08.2023

Frau Mielke vermisst im Protokoll ihre Aussage unter dem Punkt „Wünsche und Anregungen“, in dem sie dafür appellierte, dass zwischen den Ausschussmitgliedern und den bildungspolitischen Sprechern die Möglichkeit eingeräumt wird, sich intensiv zu besprechen.

Das Protokoll vom 24.08.2023 wird mehrheitlich, bei zwei Enthaltungen, genehmigt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Frau Jana Bißmeyer möchte wissen, warum sich die Verwaltung gegen die Einführung einer dritten Ersten Klasse in der Grundschule im Engelgarten ausspricht.

Stv. Vorsitzender Hinze verweist dazu auf den Tagesordnungspunkt 6.3, in dem dies ausführlich erläutert werde.

Frau Delia Sawetzki fragt, welche Maßnahmen die Stadt Melle zeitnah ergreifen möchte, um das Image der Oberschulen zu stärken.

Stv. Vorsitzender Hinze erklärt, dass das Image in erster Linie der Schulleitung obliegt.

Herr Dreier bestätigt diese Auffassung. Die Stadt Melle sei als Schulträger begrenzt handlungsfähig, da sie grundsätzlich lediglich für die Gebäude und Ausstattung verantwortlich sei, nicht jedoch für die didaktischen Inhalte und Konzepte. Die Oberschulen stünden in Konkurrenz mit anderen Schulen, insbesondere der IGS und dem Gymnasium, aber auch gegenüber Schulen außerhalb von Melle. Genau aus diesem Grund sei ein wichtiges Ziel des Schulstrukturprozesses, in dieser Hinsicht eine größere Attraktivität der Oberschulen zu erreichen.

Frau Ingrid Diekmann fragt sich, ob die Eltern nicht völlig verunsichert sind durch die Diskussion um den Schulstrukturprozess.

Stv. Vorsitzender Hinze entgegnet, dass er hierauf keine adäquate Antwort für alle Eltern geben könne. Grundsätzlich Sorge ein Veränderungsprozess zunächst aber immer für Unsicherheit, daher sei der Prozess bewusst zeitlich eng angelegt.

Frau Monika Born erkundigt sich, welche Maßnahmen die Stadt Melle ergreifen möchte, um das Image der Oberschulen zu stärken.

Stv. Vorsitzender Hinze erläutert abermals, dass die Unterrichtsqualität Aufgabe der Schulleitung sei.

Herr Dreier ergänzt, dass der Schulentwicklungsprozess dem Ziel diene, die Schulen zukunftsorientiert aufzustellen. Die einbezogenen Schulleitungen hätten dies positiv registriert, Für die inneren Schulangelegenheiten seien die Schulbehörden sowie die Leitung verantwortlich, für die äußere Hülle, also das Schulgebäude sei der Schulträger verantwortlich. Das zur Verfügung gestellte Schulbudget stehe auch dafür zur Verfügung.

Frau Monika Born möchte weiterhin wissen, ob die Oberschulen langfristig nicht gesichert seien, da im Koalitionsvertrag lediglich von einer mittelfristigen Erhaltung gesprochen wird.

Stv. Vorsitzender Hinze verweist auch zu diesem Punkt auf den Tagesordnungspunkt 6.4.

Frau Claudia Wittke spricht ebenfalls den Koalitionsvertrag an und möchte wissen, was getan werde, um Familien die Unsicherheit zu nehmen, ob ihr Schulstandort dauerhaft Bestand habe.

Herr Dreier antwortet, dass aus diesem Grund der Zeitplan für den Prozess sehr straff ausgelegt sei. Er könne jedoch nicht beantworten, woher die aktuelle Unsicherheit der Eltern rühre, da jedes Kind, was aktuell an einer Oberschule in Melle beschult wird, diese auch zu Ende besuchen könne. Auch das Meller Kreisblatt habe dazu bereits berichtet.

Frau Mons ergänzt, dass vor der nächsten Schulanmeldung im Mai 2024 das Ergebnis des Schulstrukturprozesses bereits vorliege.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier berichtet wie folgt.

Schulen:

A) Antrag der SPD – Menstruationsartikel in Oberschulen

Am 09.05.2023 hat die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag darüber gestellt, dass die Verwaltung beauftragt wird, sich mit den Leitungen der städtischen Oberschulen drüber zu verständigen, ob und wie kostenlose Menstruationsartikel für junge Frauen und Mädchen an den städtischen Oberschulen niederschwellig und hygienisch zur Verfügung gestellt werden können. (Die notwendigen Finanzmittel zur Anschaffung sind den drei weiterführenden städtischen Schulen zur Verfügung zu stellen, zusätzlich zu ihrem bisherigen Schulbudget.) Die Zustimmung des Antrags wurde in der Sitzung des Bildungsausschusses am 22.05.2023 einstimmig empfohlen.

Bezüglich des Antrages wurde zunächst in der Verwaltung recherchiert, welche Möglichkeiten der Bereitstellung es gibt. Die Varianten der Zurverfügungstellung im Sekretariat (frei zugänglich oder auf Anfrage) sowie die Aufstellung eines Tampon- und Bindenspenders waren dabei die gängigsten.

Diese Möglichkeiten wurden mit den einzelnen Oberschulen telefonisch besprochen. Die Oberschule Neuenkirchen hat sich aufgrund der Befürchtung vor Vandalismus gegen die Lösung mittels Automaten und für die Abwicklung über das Sekretariat ausgesprochen. Vorgesehen ist dies durch einen künftig frei zugänglichen Schrank/Korb mit entsprechenden Hygieneartikeln. Bisher waren die Artikel zwar auch im Sekretariat, jedoch nur auf Anfrage erhältlich.

Ähnlich ist das geplante Vorgehen der Oberschule Ratsschule. Dort ist ein frei zugänglicher Ort im Büro der Schulassistentin vorgesehen.

Die Oberschule Buer spricht sich sowohl gegen den Automaten als auch gegen einen frei zugänglichen Schrank aus. Sie wollen beibehalten, dass es die Produkte auf Nachfrage im Sekretariat gibt. Dort stehen diese auch jetzt schon zur Verfügung.

B) Ausstattungsprogramm für geflüchtete ukrainische Schülerinnen und Schüler

Angesichts des Krieges in der Ukraine und der daraus resultierenden Situation der Geflüchteten stellt das Land Niedersachsen 5 Mio. Euro für die Beschaffung von mobilen Endgeräten im Rahmen eines Zuwendungsverfahrens bereit. Ziel ist es, dass die Schulträger geflüchtete ukrainische Schülerinnen und Schüler bei Bedarf mit schulgebundenen mobilen Endgeräten leihweise versorgen können, um ihre Integration in den Schulen zu erleichtern.

Die Förderrichtlinie wurde am 06.09.2023 im Ministerialblatt veröffentlicht. Von diesem Datum an bis zum 24.11.2023 können Anträge durch die Schulträger im sogenannten „Windhundverfahren“ eingereicht werden.

Damit der Antrag für die Meller Schulen fristgerecht eingereicht werden kann, erfolgt seitens der Verwaltung aktuell eine Bedarfsabfrage in den Meller Schulen.

Frau Meier erkundigt sich, bis wann die mobilen Endgeräte für die geflüchteten Kinder angeschafft werden.

Frau Gellermann erklärt, dass bis zum 24.11.2023 die Anträge gestellt sein müssen, so dass die Geräte noch in 2023 angeschafft werden können.

TOP 6 Schulen

TOP 6.1 Sachstandsbericht Schulstrukturprozess Oberschulen

Frau Mons und Herr Dreier stellen den bisherigen Verlauf, den aktuellen Stand sowie den geplanten weiteren Ablauf des Schulstrukturprozesses anhand einer Präsentation vor.

Frau Hövel hält es für sehr schwierig, sich auf Sitzungen vorzubereiten, wenn Informationen oder Vorlagen nicht frühzeitig verschickt werden, zumal die Themen immer komplexer werden. Sie habe zum Prozess folgende Fragen:

- a) Die Orientierungsfahrt erwecke den Eindruck, dass nur sehr große Schulen besichtigt werden, die für Melle keinen Sinn machen.
- b) Ihr sei nicht klar, wann die „Planungsphase 0“ bei den Schulen beginne.
- c) Sie möchte wissen, ob die Entscheidungsvorbereitung in einer öffentlichen Ratssitzung oder einer weiteren nichtöffentlichen Klausurtagung stattfinde.

Frau Mons erklärt, dass bei der Orientierungsfahrt mehrere, verschieden große Schulen besichtigt werden. Es ginge jedoch nicht nur um die Gebäudekubatur, sondern auch um Konzepte und Inspirationen in verschiedene Richtungen, z.B. auch zu neuen Lernformen. Die Planungsphase 0 begänne mit der konkreten Umbauplanung für eine Schule. Vorab sei dazu eine Richtungsentscheidung sowie Priorisierung erforderlich. Die bereits laufenden Sanierungen bzw. Baumaßnahmen seien davon nicht betroffen.

Herr Dreier macht deutlich, dass vor einer Entscheidung in diese Richtung alle Teilnehmer informiert würden. Es sei ein nichtöffentlicher Workshop des Rates vorgesehen, um die Erkenntnisse zusammenzustellen und einen Vorschlag vorzubereiten. Er ergänzt zudem, dass bereits mehrfach auf den großen Aufwand zur Erstellung der Sitzungsunterlagen hingewiesen wurde. So sei die Schülerstatistik auf Grund von allgemeinen Statistikfristen der Schulen in den vorangegangenen Jahren erst in der letzten Sitzung des Ausschusses vorgestellt worden. Aufgrund der aktuellen Debatte habe man bewusst bereits in dieser Sitzung alle Daten zusammengetragen. Man sei auf die Rückmeldung der Schulen angewiesen. Diese seien zum Teil final erst am heutigen Tag eingetroffen. Alternativ müssten die Informationen dann in einer späteren Sitzung erfolgen.

Herr Stakowski weist darauf hin, dass Inhalte, z.B. aus Interviews mit den Schulleitungen o.a., bisher nicht mitgeteilt wurden und bittet, dieses nachzuholen. Des Weiteren erkundigt er sich nach dem Ziel der Orientierungsfahrt. Da die Ratsmitglieder letztlich nicht die Betroffenen sind, möchte er wissen, inwieweit Lehrer oder Schüler beteiligt sind.

Stv. Vorsitzender Hinze erinnert an die erste Sitzung der Steuerungsgruppe, die den Wunsch geäußert habe, verschiedene Möglichkeiten zu sehen.

Herr Dreier führt aus, dass die Interviews auf der eigens für den Prozess eingerichteten Internetseite für alle transparent hochgeladen werden. Analysen und Kriterien müssen jedoch noch erarbeitet werden. Es sei bereits nach vier Wochen nach ersten Ergebnissen gefragt worden. Es handele sich jedoch um einen umfangreichen Prozess, der zunächst aufgebaut werden musste.

Frau Mielke bemängelt ebenfalls die Kurzfristigkeit der Informationen. So habe sie die Schülerstatistik erst drei Stunden vor der Sitzung erhalten, obwohl diese mit dem Datum 15.09.2023 versehen sei.

Herr Dreier verweist darauf, dass es sich bei besagtem Datum um ein Erstellungsdatum handele, das automatisch generiert würde und dass die Statistik erst im Laufe des Tages finalisiert werden konnte.

Stv. Vorsitzender Hinze verweist dazu auf den TOP 6.2.

Frau Krohnfuß kritisiert, dass sie ebenfalls erst kurzfristig Unterlagen zur Schülerstatistik erhalten habe und zum Schulstrukturprozess noch keine. Eltern befürchten einen Imageschaden für die Oberschulen. Die Entscheidung für die weiterführenden Schulen falle in den Familien in der Regel im Januar/Februar eines Jahres.

Frau Mons betont, dass sich die Stadt Melle in einem notwendigen Veränderungsprozess befände, der zunächst immer zu Unsicherheiten führen würde, so gerne man diese auch

vermeiden würde. Aus diesem Grund sei der Prozess aber von Seiten der Verwaltung bewusst so kurz wie möglich gehalten worden. Während es andernorts mehrere Jahre in Anspruch nähme, sei dieser Prozess in Melle sehr zeitsparend aufgebaut und liefere dennoch fundierte Ergebnisse. Die Schulanmeldetermine seien im Mai eines Jahres. Fakt sei auch, dass jeder Schüler an der Schule, an der er sich angemeldet habe, auch zu Ende beschult werde. Unabhängig davon, welche konkreten Maßnahmen getroffen werden, sei mit einer Umstellungszeit von mindestens 10 bis 15 Jahren zu rechnen. Die Stadt Melle sei gewillt, Geld zu investieren, um die Schulen zukunftsfähig aufzustellen.

Stv. Vorsitzender Hinze bestätigt, dass solche Prozesse erfahrungsgemäß in andern Städten oft 5 bis 10 Jahre gedauert haben.

Herr Boßmann betont die Wichtigkeit der Fragen des Stadtelternrates. Die Frage der Beschulung sei immer schon Thema in Familien gewesen. Jedes Kind, das eingeschult wird, wird dort auch zu Ende beschult, das seien immerhin insgesamt 10 Jahre. Welche Vorgaben das Land dann mache, sei nicht absehbar. Für die Entscheidung sei wichtig, ein breites Spektrum durch die sogenannten „Stakeholder“ im Prozess abzudecken. Sämtliche Informationen seien dann in einer gemeinsamen Klausur zu verarbeiten, um Vorschläge in den Fraktionen zu beraten und eine Entscheidung im Rat zu treffen. Diese Schritte seien notwendig, wenn sie auch nicht für jeden einzelnen nachzuvollziehen sind. Die anstehenden Entscheidungen werden für bis zu 40 Jahre Gültigkeit haben. Letztlich müsse die Politik entscheiden. Es sei jedoch auch wichtig, Eltern und andere Beteiligte durch Informationen mitzunehmen. Er appelliere, sich die noch notwendigen zwei bis drei Monate Zeit zu nehmen. Die Politik ist fortwährend in der Lenkungsgruppe vertreten, daher sei man auf einem guten Weg.

Frau Strob kritisiert, dass die Schülerstatistik ihr nicht eher bekanntgegeben wurde, während die Politiker diese bereits vorab bekommen hätten.

Herr Dreier erklärt, dass diese Zahlen für diese Entscheidung nicht ausschlaggebend seien. Gerne könne jedoch eine Verteilung von Unterlagen an die Hinzugewählten per E-Mail erfolgen.

Frau Krohnfuß erwidert, dass die Statistikzahlen durchaus für den TOP 6,3 wichtig seien.

Frau Mons ergänzt, dass in der Vorlage die notwendigen Prognosezahlen erhalten sind.

TOP 6.2 Schülerstatistik 2023/24 und Schülerfortschreibung 2023/24 bis 2028/29 Vorlage: 01/2023/0228

Frau Mons stellt die Schülerstatistik vor.

Frau Krohnfuß merkt an, dass im 6. Jahrgang der IGS mehr als vier Klassen bestünden.

Herr Gerling ist sich sicher, dass mehr Kinder nach Nordrhein-Westfalen in die weiterführenden Schulen gehen.

Frau Mons merkt an, dass die Zahlen so von den Schulen mitgeteilt wurden. Sie sichert jedoch zu, diese noch einmal prüfen zu lassen.

Nachtrag: Bei der Abfrage der Schüler- und Klassenzahlen an den Meller Schulen wurde durch die IGS schriftlich eine Vierzügigkeit gemeldet. Auf erneute Anfrage hin wurde diese Angabe durch die IGS auf eine Fünzügigkeit korrigiert. Bezüglich der Kinder, die nach Nordrhein-Westfalen in die weiterführenden Schulen gehen, wurden die Zahlen ebenfalls geprüft. Bezüglich der Abgänger nach Nordrhein-Westfalen nach Beendigung der Klasse 4 handelt es sich ebenfalls um schriftliche Abfragen an den Meller Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Melle.

Zum Stichtag dieser Abfrage -31.05.2023 – wurden die in der Statistik angegebenen Zahlen durch die Schulen übermittelt. Sofern sich Eltern nach diesem Stichtag noch für eine weiterführende Schule in NRW entschieden haben, ist dies nicht in der Schülerstatistik abgebildet

Frau Meier fragt, ob es an der Freien Waldorfschule nur Doppel- oder auch Einzelklassen gibt. Des Weiteren möchte sie sich vergewissern, dass die Prognose bezüglich der weiteren Dreizügigkeit im ersten Jahrgang an der Grundschule im Engelgarten auf einer Berechnung mittels den reinen Geburtenzahlen beruhen.

Frau Mons bestätigt, dass die Prognose auf den Geburtenzahlen beruhen

Nachtrag: Die Freie Waldorfschule gibt auf Nachfrage an, dass die Jahrgänge 1-4 jahrgangsgebunden sind und es ab der 5. Klasse Doppelklassen gibt.

Frau Meier erkundigt sich nach der Berücksichtigung der sogenannten „Flexi-Kinder“.

Frau Mons erklärt, dass die Anzahl der Flexi-Kinder erfahrungsgemäß zu 50-60 % in der Kita verbleiben.

Frau Meier fragt weiterhin, ob es zur Nutzung des überschneidenden Einzugsbezirkes für die GS Oldendorf Erkenntnisse gibt.

Frau Mons berichtet, dass dies eine schwierige Prognose sei. Im letzten Jahr hätten davon Eltern von lediglich 5 Kindern Gebrauch gemacht.

Frau Meier erkundigt sich, ob die Grundschule Riemsloh durch die geplante Flüchtlingsunterkunft im Firmengebäude Rational betroffen sei.

Herr Dreier betont, dass die Untergebrachten zum Großteil keinen Anspruch auf einen Daueraufenthalt hätten. Es handele sich um ein sogenanntes Drehkreuz. Wenn auch Personen mit Bleiberecht betroffen seien, dann würde analog der Regelung in Oldendorf (GU Ochsenweg) eine übergreifende Lösung angestrebt, so dass nicht alleine die GS Riemsloh zuständig sei.

Frau Mons ergänzt, dass jedoch Schulen ausgewählt werden müssten, die auch per ÖPNV erreichbar sind.

Frau Mielke erklärt, dass sie für die Fraktionsbesprechungen die Statistiken der vergangenen Jahre verglichen hätte. Sie erkenne jedoch, dass die Prognose im Bereich der Oberschulen nicht hilfreich sei, da es durch den Schulstrukturprozess zu einem veränderten Anmeldeverhalten komme. Zudem seien auch die Prognosezahlen aus der Vergangenheit nicht eingetreten und können daher nur angezweifelt werden.

Herr Dreier entgegnet, dass Prognosen nicht angezweifelt werden können. Bezogen auf eine Prognose des zukünftigen Anwahlverhaltens der Eltern könne man nur auf Basis der Vergangenheit schauen. Da es im Bereich der Oberschulen im Gegensatz zu den Grundschulen keine Schulbezirke gebe, bestünde nur die Chance, bei den Berechnungen einen Mittelwert der Anmeldungen der vergangenen Jahre zu bilden.

Frau Mons ergänzt, dass die Berechnung der Prognose ausführlich dargelegt wurde. Die Prognosen stützen sich auf die tatsächlichen Geburtszahlen. Aus diesem Grund sei frühzeitig auch die Erweiterung der Grundschule Neuenkirchen geplant worden. Daneben gebe es aber auch immer Faktoren, die nicht oder nur bedingt beeinflussbar seien, wie z.B. Integrationskinder oder Zuzüge beispielsweise durch neue Baugebiete, aber eben auch die durchaus schwankende Anwahl der drei Oberschulen auch in den vergangenen Jahren.

Herr Pietsch bittet darum, sich neben den Prognosezahlen für die Oberschulen auch die Zahlen aus den Grundschulen anzusehen. Es sei erfahrungsgemäß so, dass bestimmte Schulen hauptsächlich mit Schülern aus bestimmten Grundschulen gefüllt würden. Er erkundigt sich, ob die Grundschule Eicken-Bruche die Situation in Melle-Mitte entschärfen könne, da auch diese zu diesem Stadtteil gehöre.

Frau Mons sagt zu, den Vorschlag zur Herkunft der künftigen Oberschüler mitzunehmen. Hinsichtlich der Anmerkung zur Grundschule Eicken-Bruche sei eine Prüfung des ÖPNV wichtig.

Herr Boßmann fragt nach der Abweichung der Anzahl der Integrationskinder der Statistik und der im Mai vorgestellten Zahlen. In Buer und Neuenkirchen seien dies 17 Kinder weniger.

Frau Mons erklärt, dass die Zahlen aus Mai noch nicht endgültig waren, so wurden u.a. Schüler nachgemeldet. Sie schlage vor, dass hierzu noch einmal eine Prüfung erfolgt und Erklärungen nachgereicht werden.

Nachtrag: Bei der Erstellung der Prognose für die Oberschulen kam es zu einem Übertragungsfehler bezüglich der Angabe der abgehenden Kinder aus Jahrgang vier. Hierdurch kam es zu einer geringfügigen Abweichung bei der Berechnung des Durchschnitts der letzten drei Jahre und folglich auch der Angabe der Zahlen für die nächsten Jahre. Die korrigierte Schülerstatistik und Prognose wird dem Protokoll angehängt.

TOP 6.3 Antrag auf Dreizügigkeit im Engelgarten für den ersten Jahrgang im Schuljahr 2024/25 Vorlage: 01/2023/0224

Frau Mons stellt den Beschlussvorschlag ausführlich vor.

Frau Hövel betont, dass der Antrag von der Grundschule gestellt wurde. Man solle sich die Details genauer ansehen. Das in 2018 verabschiedete Standardraumprogramm wurde als grundlegender, qualitätssichernder Standard festgelegt. Aus ihrer Sicht dürfe man das jedoch nicht zu starr auslegen. Eine Umnutzung von Räumen sei möglich. Sie habe sich die Räume angesehen und mit der Schulleitung gesprochen. Die Schulbücherei sei gut als Klassenraum geeignet, sogar ein Whiteboard ist vorhanden. Es sei lediglich Mobiliar erforderlich. Die Schule stelle keine weiteren Forderungen nach Umbauten. Die Mensa lasse Umstrukturierungen zu. Die Erweiterung sei auch für die Grönenbergschule von Vorteil, da dort aus ihrer Sicht dann kleinere Klassen möglich seien. Sie schlage vor, dass der

Ausschuss die Schule im Engelgarten besichtigen könne, denn eine Entscheidung am heutigen Tage sei nicht notwendig.

Herr Dreier entgegnet, dass das Raumprogramm nicht starr ausgelegt werde. Es sei jedoch zu erwarten, dass nach ein bis drei Jahren doch ein Wunsch nach Erweiterung der Räumlichkeiten folgen werde, damit das Raumprogramm eingehalten werde. Die Einschätzung des vorhergehenden Schulleiters zur Mehrzügigkeit sei eine anderen gewesen. Auch der Schultausch vor Jahren sollte auskömmlich sein, mittlerweile stünden an der Ratsschule jedoch bereits mobile Räume. Sofern mehr Schüler an der Grönenbergschule angemeldet werden, käme es dort möglicherweise zu mehr und damit kleineren Klassen aufgrund des bereits erreichten Klassenteilers.

Herr Pietsch merkt an, dass er zwar kein Stimmrecht habe, jedoch in dieser Angelegenheit die Begründung der Verwaltung für nachvollziehbar hält. Die Räumlichkeiten in einer Schule seien eine wesentliche Grundlage für die Unterrichtsqualität. Auch wenn der Antrag aus der Schulgemeinschaft komme und der Elternwille ein hohes Gut sei, würde er diesen ebenfalls ablehnen.

Frau Mielke zeigt Verständnis für das Anliegen von Frau Bißmeyer. Sie habe jedoch als Ratsmitglied die Verantwortung, den Schulbereich insgesamt zu betrachten. Entscheidungen führen zu Baumaßnahmen. So sei die Grönenbergschule zum Großteil neu gebaut worden und biete damit sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch den Lehrerinnen und Lehrern eine gute, platzmäßig ausreichende Lernumgebung. An der Grundschule Eicken-Bruche stehen dahingegen seit Jahren Container, weil die Räumlichkeiten nicht ausreichen. Unter diesen Gesichtspunkten sei es nicht zu verantworten, dass die Schule im Engelgarten noch ihre Zügigkeit im bestehenden Gebäude weiter vergrößert.

Frau Meier versteht die Sorgen der Familien, erinnert jedoch ebenfalls an den 2015 auf Wunsch von Schulen und Eltern beschlossenen Schultausch. Die Schulen seien an räumliche Kapazitätsgrenzen gebunden. Die Grönenbergschule sei hervorragend ausgestattet und aufgrund der geringen Entfernung zur Grundschule im Engelgarten ebenso gut zu erreichen. Auch der Religionsunterricht sei dort mit einem guten Modell organisiert.

Herr Stakowski merkt an, dass der Beschluss zur Zügigkeit an der Grundschule im Engelgarten aufgrund des Corona-Lockdowns per Eilentscheidung ohne tatsächliche Diskussion entschieden worden sei. Das Standardraumprogramm sollte nur bei Bautätigkeit greifen und in dem Fall für eine Vergleichbarkeit sorgen. Damit bliebe derzeit als einziges Argument die Kosten für die Ausstattung von wenigen Tausend Euro. Er könne die Befürchtung, dass Folgekosten entstehen, jedoch nachvollziehen. Es solle daher festgelegt werden, dass mit dem Antrag keine künftigen Erweiterungsmaßnahmen verbunden sind.

Herr Holzgräfe kann die Vorlage und den Beschlussvorschlag gut nachvollziehen und sich bei Stimmberechtigung dafür aussprechen.

Frau Krohnfuß fragt nach der Möglichkeit des freien Anwahlverhaltens der Eltern im Bereich der Grundschulen. Auch bei den Oberschulen sei eine freie Wahl vorgesehen.

Frau Mons erklärt, dass für die Grundschulen Schulbezirke gelten. Die Schülerinnen und Schüler müssen in ihrem Stadtteil bleiben. Die Stadt sei verpflichtet, die Qualität und die Räumlichkeiten sicherzustellen. Eine solche Verlässlichkeit sei nur mit Schulbezirken planbar. Bei den Oberschulen zeige sich ja gerade die Unplanbarkeit durch das freie Anwahlverhalten und dem damit verbundenen Vorhalten von ausreichend Räumlichkeiten an allen Standorten.

Stv. Vorsitzender Hinze bitte nach der eingehenden Diskussion um Abstimmung.

Der Ausschuss stimmt mit 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für den Beschlussvorschlag..

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der katholischen Bekenntnisschule *Grundschule im Engelgarten* vom 06.06.2023 auf die Einrichtung einer weiteren Dreizügigkeit im ersten Jahrgang zum Schuljahr 2024/25 und damit der Bildung einer 12. Klasse wird abgelehnt.

TOP 6.4 Anträge zum Schulstrukturprozess

Stv. Vorsitzender Hinze schlägt vor, die vorliegenden drei Anträge zum selben Thema insgesamt zu diskutieren und anschließend abzustimmen.

Ausschuss akzeptiert diese Vorgehensweise.

TOP 6.4.1 Antrag des Ortschaftsrats Neuenkirchen zur Oberschule Neuenkirchen Vorlage: 01/2023/0206

Herr Reehuis erläutert den Hintergrund des Antrages aus dem Ortschaftsrat Neuenkirchen. Inzwischen seien bereits zwei Punkte des Antrages erledigt. So sei die Machbarkeitsstudie vorgestellt und der Ortschaftsrat Neuenkirchen, zumindest in der Person des Ortsbürgermeisters, am Prozess beteiligt worden. Der Hauptaspekt des Antrages sei nun jedoch mit dem gemeinsamen Antrag der CDU-Grünen-FDP-Gruppe des Stadtrates aufgegriffen worden. Er stelle daher den Antrag auf Nichtbefassung.

Ausschuss stimmt mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für den Antrag auf Nichtbefassung.

Der Ortschaftsrat Neuenkirchen hat mit Ortschaftsratsbeschluss vom 03.08.2023 folgenden Antrag gestellt:

Der Ortschaftsrat Neuenkirchen fordert die Stadt Melle dazu auf, die Machbarkeitsstudie für die Oberschulen der Stadt Melle schnellstmöglich der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gleichzeitig fordert der Ortschaftsrat Neuenkirchen die Stadt Melle dazu auf, in den Schulstrukturprozess aktiv einbezogen und angehört zu werden.

Der Ortschaftsrat Neuenkirchen fordert den Erhalt der Oberschule Neuenkirchen, solange mindestens eine Zweizügigkeit auf Dauer besteht.

Da für die nächsten Jahre von einer Dreizügigkeit der Oberschule auszugehen ist, fordert der Ortschaftsrat Neuenkirchen den zeitnahen Ausbau und die weitere Sanierung der Oberschule in Neuenkirchen und den Bau einer Mensa nach Standard-Raumkonzept.

TOP 6.4.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; zukunftsfähige Oberschulen für die Stadt Melle Vorlage: 01/2023/0211

Herr Stakowski stellt den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-, Grünen- und FDP-Stadtratsfraktionen vor. Er erläutert, dass gemeinsam drei Kernthesen erarbeitet wurden:

1. Erhalt aller Oberschulen
2. Nachhaltige Stärkung aller Oberschulen
3. schnelle und zügige Verbesserungen

Durch den Antrag erhoffe man sich Klarheit und Sicherheit sowohl für die Oberschulen als auch für die Eltern. Es sei an der Zeit, den Prozess zu beenden und mit konkreten Lösungen zu beginnen.

Herr Boßmann zitiert Willy Brandt mit den Worten „Die Schule der Nation ist die Schule“. Schulen dienen dem Lernen, Hören, Abwägen, Akzeptieren und Entscheiden. Die Wertschätzung der Oberschulen in Melle ist vorhanden. Und die soll mit dem Prozess und den daraus folgenden Maßnahmen noch deutlich herausgestellt werden. Er frage sich zudem, was anlässlich des vorgestellten Antrages bei einer absehbaren Einzügigkeit passiere. Im Laufe der Jahre ändern sich Schulstrukturen. So seien vor Jahren die Hauptschulen abgeschafft worden. Die Entscheidung über den Antrag würde erst im Rat in der Dezember-Sitzung fallen. Die SPD-Stadtratsfraktion beantrage deshalb, den bereits laufenden Prozess fortzuführen und die Fakten und Ergebnisse abzuwarten, zu dem viele Beteiligte beigetragen hätten. Es solle jetzt noch keine Entscheidung getroffen werden, damit dann Anfang 2024 eine fundierte Entscheidung für die zukünftigen Schülerinnen und Schüler getroffen werde.

Er stelle den Antrag, den Prozess ergebnisoffen fortzuführen und stelle die Frage, inwieweit sich die Oberschulen als systemintegrierte Schulen entwickeln können.

Herr Holzgräfe betont, dass letztlich der Rat entscheide. Er appelliere heute jedoch dafür, dass der Antrag angenommen wird, damit Eltern und Schulleitungen Sicherheit erhalten. Schulen seien in den Stadtteilen ein prägendes Element mit Auswirkungen auf die Entwicklung des Stadtteiles mit Baugebieten, Kita-Plätzen bis hin zu Sportanlagen. Der Prozess als solches solle jedoch nicht abgebrochen werden.

Herr Pietsch hält die Diskussion für eine Scheindebatte. Jedes Mitglied des Stadtrates wolle das Beste für die Schülerinnen, Schüler und Schulen. Den Prozess fortzuführen bedeute ja nichts Böses. Alle wollten energetische Sanierungen und Mensen. Der Unterschied sei der Weg dahin. Er möchte den Prozess professionell begleitet mit einem klaren Ergebnis zu Ende geführt sehen. Dieser sei aufwändiger, als dass man lediglich über eine Mensa oder Sanierung entscheide. Sofern nun Räume gebaut würden, die später leer stehen, müsse man dies gegenüber den Steuerzahlen rechtfertigen.

Herr Reehuis befürchtet bei Fortführung des Prozesses, dass die Oberschule Neuenkirchen in den nächsten Jahren erneut keine Mensa bekommt. Es seien auch in der Vergangenheit Studien erstellt worden, woraufhin jedoch nichts passiert sei. Er frage sich, warum nicht nach Standardraumprogramm mit Klassenraum-Flur-Modell gebaut werden könne. Die Festlegung des Bestandes bei Zweizügigkeit würde ja nicht bedeuten, dass automatisch eine Dreizügigkeit folge oder dass bei Einzügigkeit nichts passiere.

Herr Dreier wirft ein, dass die Oberschulen bis vor kurzem noch dreizügig gewesen seien. Wenn man jetzt von einer Zweizügigkeit spreche, verstehe er nicht, dass man den Prozess abrechnen möchte. Genau dies sowie die Vor- und Nachteile verschiedener Szenarien inkl. der Zügigkeiten sowie daraus folgenden Notwendigkeiten solle der Prozess ja klären.

Herr Timpe stimmt zu, dass jeder gute Schulen vorhalten wolle. Der Antrag gehe jedoch an der Sach- und Fachlage vorbei. Er halte es für verfehlt, den Prozess zu beenden, ohne das Wissen zu haben, das dieser Prozess gebracht hätte. Dieses Fachwissen, das im Prozess aufkommt, fehlt aktuell. Er führt an, dass es so scheint, dass Personen aus der

Lenkungsgruppe die Informationen nicht in die Fraktionen weitergetragen haben. Dies sei unverantwortlich und Sorge dafür, dass an den Fakten vorbei diskutiert werde.

Herr Bossmann hält eine Entscheidung Anfang 2024 für ausreichend. Dies bedeute keinen Nachteil, da die vorgebrachten Punkte nicht aus der Welt seien. Man trüge die Verantwortung für alle Bürger, daher sei eine ausführliche Abwägung erforderlich.

Herr Stakowski merkt an, dass es hierzu verschiedene Auffassungen gäbe. Es habe niemand beantragt, Räume zu bauen, die nicht benötigt werden. Die Wartezeit für die Mensa in Neuenkirchen sowie die dort stehenden Container seien nicht mehr zumutbar.

Herr Holzgräfe sagt, dass er Mitglied der Steuerungsgruppe sei und daher eine vorgezogene Entscheidung für eine Zweizügigkeit für unproblematisch hält, da an allen Standorten eine Zweizügigkeit absehbar sei. Der Prozess würde dadurch nicht aufgehalten. So würden im ersten Quartal des Jahres 2024 für jeden Standort Prioritäten gesetzt und weitere Entscheidungen getroffen werden müssen.

Stv. Vorsitzender Hinze weist noch einmal drauf hin, dass mit dieser Entscheidung gegebenenfalls der Prozess abgebrochen würde. Er bitte darum, zuerst über den Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen, den Prozess fortzuführen.

Ausschuss stimmt mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gegen den Antrag der SPD-Fraktion.

Stv. Vorsitzender Hinze bittet anschließend um Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Grünen-FDP-Fraktionen.

Ausschuss stimmt mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für den Antrag der CDU-Grünen-FDP-Fraktionen.

Beschlussvorschlag der CDU-, Grünen- und FDP-Fraktionen des Stadtrates:

1. Die drei Oberschulen in Melle sollen nachhaltig gestärkt werden. Die Oberschulstandorte erhalten eine Bestandgarantie bei durchgängiger Zweizügigkeit bzw. bis Änderungen der Schulgesetzgebung Veränderungen notwendig machen.
2. Der Schulstrukturreformprozess wird unter Berücksichtigung dieser Bestandgarantie in einen Schulentwicklungsprozess zur Stärkung aller drei Oberschulen überführt. In diesem Rahmen sollen unter maßgeblicher Einbindung der Schulleitungen Raumkonzepte und weitere Maßnahmen zur Stärkung der Schulen (z.B. öffentliche Darstellung, Schulsozialarbeit) entwickelt werden. Der Prozess soll bis zum Ende des 1. Quartals 2024 abgeschlossen sein.
3. Die Schulen brauchen eine konsequente Investitionsoffensive. Insbesondere muss jeder Schulstandort über eine adäquate Essensausgabe bzw. Mensa, Rückzugsräume, Inklusionsräume für die Schülerinnen und Schüler sowie moderne Fachräume verfügen.
4. Bauliche und energetische Sanierungsmaßnahmen müssen zügig durchgeführt werden.

TOP 7 Kindertagesstätten

TOP 7.1 Vorstellung der aktuellen Situation in der Kindertagesbetreuung in Melle

Frau Mons stellt den aktuellen Sachstand zur Versorgungslage in der Kindertagesbetreuung der Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren vor.

Anmerkung: Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Herr Pietsch bemängelt, dass die Präsentation erst in der Sitzung erfolge. Sofern man die Informationen vorher herausgebe, könne man sich in der Sitzung auf Fragen beschränken und so die Sitzungsdauer positiv beeinflussen.

**TOP 8 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht zum
31.05.2023
Vorlage: 01/2023/0179**

Der Inhalt der Vorlage wurde zur Kenntnis genommen. Es ergeben sich keine Wortmeldungen aus dem Ausschuss.

TOP 9 Wünsche und Anregungen

Stv. Vorsitzender Hinze regt an, die Sitzungen künftig auch mal in anderen Räumen wie z.B. Schulen durchzuführen. Er plädiere außerdem dafür, früher zu beginnen und die Dauer möglichst einzukürzen.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt er die Sitzung um 23 Uhr.

gez.

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

gez.

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

gez.

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)